

Die Oesterreichisch-ungarische Bank und die neuen Nationalstaaten.

Eine Klage gegen das Noteninstitut. — Das tschecho-slowakische Bombardement. — Die jugoslawischen Maßnahmen.

Die wichtigen internen Beratungen, die Samstag bis in die späten Abendstunden bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank währten, wurden, wie wir hören, am Sonntag fortgesetzt. Es ist anzunehmen, daß die drei wichtigsten aktuellen Probleme den Gegenstand der Beratung gebildet haben:

Eine Klage gegen die Oesterreichisch-ungarische Bank wegen Verweigerung der Belehnung von Kriegsanleihen;

das Verbot des tschecho-slowakischen Finanzministers Dr. Rajin, betreffend die Belehnung der Kriegsanleihen;

und die Maßnahme des jugoslawischen Staates.

Die Klage gegen die Oesterreichisch-ungarische Bank.

Die Klage gegen die Oesterreichisch-ungarische Bank wurde mit dem Hinweis darauf erhoben, daß die Bank seinerzeit in dem Prospekt der Kriegsanleihen das Belehnungsversprechen vorbehaltlos gemacht habe. Es sei daher nicht zulässig, daß sie, wie das seit einiger Zeit geschehe, die Belehnung an Bedingungen knüpfe, die Kreditwürdigkeit der Bombardanten prüfe, über den Zweck der Belehnung Auskunft verlange und Bombardanten auf Grund arbiträren Ermessens ablehne. Die Bedeutung der gerichtlichen Entscheidung dieser Klagen bedarf keiner Auseinandersetzung.

Das Verbot der Bombardierung in Böhmen.

Was das Verbot der Bombardierung von Kriegsanleihen im tschecho-slowakischen Gebiet anbelangt, so scheinen Versuche unternommen worden zu sein, durch eine Fühlungnahme bei Finanzminister Dr. Rajin eine Klärung in dieser Angelegenheit herbeizuführen. Man gewinnt aber den Eindruck, als ob es bisher nicht möglich gewesen wäre, eine Aussprache mit dem tschecho-slowakischen Finanzminister über diese Frage herbeizuführen.

Die Maßnahmen des jugoslawischen Staates.

Vor allem aber haben die internen Beratungen der Oesterreichisch-ungarischen Bank den Meldungen über die Maßnahmen des jugoslawischen Staates hinsichtlich der Abkämpfung der Kronennoten gegolten. Man ist sich darüber vollkommen im Klaren, daß diese Maßnahmen eine unüberzählige Stellungnahme der Bankleitung erheischen. Aber es ist andererseits verständlich, daß die Bankleitung, die sich gewissermaßen in Permanenz erklärt hat, nicht eher ihre Stellung präzisieren will, als sie nicht authentische Mitteilungen über die Absichten der jugoslawischen Regierung erhalten hat. Sobald diese authentischen Informationen eingetroffen sind, wird der Moment für eine Stellungnahme gegeben sein, die dann unverzüglich erfolgen wird, da in den letzten Beratungen alle Eventualitäten erwogen wurden.

Meinungen des Vizegouverneurs Dr. Freiherrn v. Gruber.

Der Vizegouverneur der Oesterreichisch-ungarischen Bank Freiherr v. Gruber gab dem Wiener Redakteur des „Budapesti Hirlap“ folgende Ausführungen über die Angelegenheit der jugoslawischen Banknoten-Abkämpfung:

Heute könnte ich noch mich über die Frage nicht äußern, da doch der Generalrat der Bank, der zu einer Stellungnahme berechtigt ist, noch nicht zusammengetreten ist. Es ist jedoch die Verfügung getroffen, daß am 21. eine Sitzung des Generalrates in Wien stattfinden solle. Ich möchte daher dem Beschlusse des Generalrates nicht vorgreifen. Eine amtliche Mitteilung über die sogenannte jugoslawische Valutaregulierung haben wir bisher nicht erhalten. Jedenfalls möchte ich als authentisch jene Auffassung betrachten, wonach den Gerüchten über eine Feststellung des Wertes der Krone gegenüber dem Dinar im Verhältnis von 1:3 kein Glauben zugumessen sei. Eine solche einseitige Regulierung der Valutafrage wäre nicht möglich, da die Lösung nur auf dem Wege der gegenseitigen Verhandlungen festgelegt werden kann. Wir sind bestrebt, mit dem jugoslawischen Staate auf gutem Fuße zu stehen, was übrigens selbstverständlich ist. Die sich webenden Verhandlungen mit diesem Staate sowie mit den anderen Nationalstaaten haben doch gerade eine Verständigung auch in der Frage der Valutaregulierung zum Zwecke. Daher kann ich nur wiederholen, daß eine einseitige Lösung ein Ding der Unmöglichkeit sei, wobei ich noch der Meinung Ausdruck geben möchte, daß auch ein Eingreifen der Entente nicht ausgeschlossen ist. Vor allem dürfte Rumänien, also ein Verbündeter der Entente, sich zum Wort melden, um gegen eine solche Festsetzung des Wertes des Dinars Einspruch zu erheben, da Rumänien den Wert der Krone höher festgesetzt hat, als die angebliche Verfügung des jugoslawischen Staates, die im Falle, wenn sie tatsächlich erfolgen würde, die finanziellen Interessen Rumäniens tangieren würde.

Die Abkämpfung im Verhältnis 1:3.

Aus der vorstehenden Meinung des Freiherrn von Gruber geht hervor, daß den Gerüchten über eine Fest-

stellung des Wertes der Krone gegenüber dem Dinar im Verhältnis 1:3 kein Glauben beizumessen sei.

Wir erhalten gleichfalls von unterrichteter Seite die Nachricht, daß eine solche Verordnung nicht in Aussicht genommen ist, daß der Tatbestand vielmehr folgender ist:

Der Finanzminister der Zentralregierung in Belgrad wollte feststellen, was während der Okkupation an Kronennoten in Serbien zur Ausgabe gelangt ist, die Verfügung bezweckt also die Feststellung der Quantität der in Serbien zirkulierenden Kronenbanknoten. Zu diesem Behufe wollte der serbische Finanzminister zunächst verfügen, daß die in Serbien zirkulierenden Kronennoten abgestempelt werden. Die Agrarische Nationalregierung hat aber diesem Plane der Belgrader Nationalregierung voll beigestimmt, hat die Maßnahme seitens des Belgrader Finanzministers damit motiviert, daß die Zentralregierung trachten werde, bei den Friedensverhandlungen die Wertverbesserung dieser abgestempelten Noten zu erzielen. Daraufhin hat die Belgrader Regierung die Abkämpfung für das ganze jugoslawische Gebiet verfügt. Als Wirkung der Abkämpfung ist, nach der uns zugegangenen Mitteilung, jetzt schon trotz des Ausfuhrverbotes — Steuerfluchtgesetzes — Oesterreichs, trotz des Einfuhrverbotes des jugoslawischen Staates, ein massenhaftes Einströmen der Noten nach Jugoslawien wahrzunehmen. Die Stempel, mit welchen die Gemeinden die Abkämpfung vollziehen, sind käuflich, sie wandern von Hand zu Hand, und die Noten gehen im Schleichhandel in Umfassung zur Grenze, da doch die Annahme besteht, sich „besseres Geld“ durch die Abkämpfung zu sichern.

Druck neuer Franknoten in Paris. — Meinungen des Finanzministers Szende.

Über die Absichten der jugoslawischen Regierung geht uns weiter die nachstehende Budapestener Depesche zu: Der serbische Finanzminister hat in dem durch die serbischen Truppen besetzten Gebiete Ungarns die Abkämpfung aller Banknoten angeordnet und gleichzeitig verfügt, daß die von der Oesterreichisch-ungarischen Bank in der letzten Zeit ausgegebenen Noten zu 25 und 200 Kronen ungültig seien. Der Zweck dieser Maßnahmen ist, das Einströmen von anderen Teilen Ungarns zu verhindern. In Paris sind bereits die neuen, auf Franklautenden Banknoten im Druck, die bei entsprechendem Disagio für die in den besetzten Gebieten im Verkehr befindlichen Oesterreichisch-ungarischen Banknoten eingekauft werden sollen.

Obwohl durch diese Maßnahme die Interessen ebenso der Grundbesitzer, wie namentlich der in den besetzten Teilen befindlichen Banken außerordentlich geschädigt werden, erklärte der Finanzminister Szende einer bei ihm erschienenen Abordnung, daß die ungarische Regierung von diesen Maßnahmen wohl Kenntnis habe, aber der Finanzminister glaubt kaum, daß er in der Lage sein werde, daran etwas ändern zu können.

Die Auffassung in finanzpolitischen Kreisen.

In Wiener finanzpolitischen Kreisen ist man gestern hauptsächlich unter dem Eindruck der nunmehr — allerdings nicht offiziell — demontierten Meldung über die Festsetzung des Wertverhältnisses zwischen Krone und Dinar gestanden. Man vertritt aber die Anschauung, daß die Abkämpfung allein schon unter allen Umständen eine ernste Maßnahme ist, weil mit ihr jedenfalls eine Wertdifferenzierung ausgesprochen wird. Die Maßnahme ist auch als ein politischer Akt gewertet worden, als die im Zusammenhang mit dieser Maßnahme neuerlich verursachte Devaluierung der Krone die Absicht verfolge, den währungspolitischen Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland zumindest zu erschweren — obwohl gerade eine solche Maßnahme die Einführung der Markwährung beschleunigen müßte.

Der Eindruck auf die Börse.

Die Börse ist heute vor allem unter dem Eindruck der geplanten jugoslawischen Maßnahmen gestanden. Wenn auch die Nachricht über die Festsetzung eines bestimmten Wertverhältnisses zwischen Krone und Dinar im vorhinigen skeptisch aufgenommen wurde, so vertrat man doch die Anschauung, daß die Abkämpfung die Gefahr einer gesteigerten Noteninflation mit sich bringe. Da die Börse schon seit einigen Tagen auf die Flüssigkeit des Geldmarktes — die durch den Beschluß der Prager Sparkassen, den Zinssatz für neue Einlagen auf 1 Prozent herabzusetzen neuerlich illustriert wird — im vollen Gaussefahrwasser segelt, überdies die Nachrichten über den Zusammenbruch der Spartakusbewegung in Berlin stimulierten, und schließlich die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, sowie die Meldungen über die Besprechung der Bau-Unternehmungen und Elektrizitätsgesellschaften betreffs Auswertung der Wasserkrafts Deutsch-Oesterreichs einen Impuls gaben, so stand der Verkehr gestern im Zeichen einer explosiven Aufwärtsbewegung. Gleichzeitig trat die Kontermine einen überstürzten Rückzug an, und infolge großer Deckungs- und Meinungsläufe erzielten die meisten gehandelten Effekten stürmische Steigerungen. Alpine eröffneten um 23 Kronen, Rima um 20 Kronen, Staatsbahn um 19 Kronen und Krupp um 27 Kronen höher als sie gestern geschlossen hatten, um von diesem Niveau bald weiter kräftig hinaufgesetzt zu werden. Noch stürmischer als in der Russische war das Geschäft im Schranken. Die Aktien der Oesterreichisch-ungarischen Bank haussierten um 190, Bodentreditaktien um 100, Karpathen-Petroleum um 165 Kronen. Galicia um 120 Kronen. Zahlreiche Papiere

waren auch zu den namhaft erhöhten Preisen nicht erhältlich; in anderen Effektskategorien wurden die Abschlüsse von der Notierungskommission nicht genehmigt, weil die Kommission die zum Vorschein gelangenden Kurse als den Marktverhältnissen nicht entsprechend fand. Bezeichnend für die Tendenz war die Tatsache, daß sich die höchsten Tageskurse bis zum Schluß behaupteten.

Es blieben: Bodentredit 1150 (+ 100), Oesterreichisch-ungarische Bank 1695 (+ 190), Depositionsbank 520 (+ 20), Goldbühne 1060 (+ 50), Email 920 (+ 50), Waffenfabrik 965 (+ 41), Brügger Hoblen 1650 (+ 90), Urifanher 800 (+ 50), Karpathen-Petroleum 1795 (+ 165), Galicia 1190 (+ 120), Navigazione 3200 (+ 60), Nordbahn 5100 (+ 55), Simmeringer 479.50 (+ 43), N. E. G. Union 730 (+ 10), Schoeller-Bucher 1135, Ausiger Chemische 1150 (+ 20), E. Brühl 420 (+ 25). In der russische schloffen: Kreditbank 633 (+ 22), Ungarische Kreditbank 910 (+ 77), Anglo-bank 407, Unionbank 512, Bankverein 464.75, Länderbank 479, Staatsbahn 896, Lombarden 120, Orientbahn 1170, Alpine 861, Rima 905, Eloda 668, Krupp 622, Union 519, Siemens 486 (+ 49), Tabak-Aktien 1008 (+ 42), Türken-Lose 370 (+ 16), dreiprozentige Südbahn-Prioritäten 311 (+ 8). Der Anlagemarkt war zwar nicht so lebhaft wie der Aktienmarkt, zeigte aber gleichfalls eine günstige Stimmung. Die Renten erhöht sich bis 83.25, um 3 Prozent. Ungarische Kronenrente bis 80, um 1 1/2 Prozent, Oesterreichische Goldrente bis 135, um 5 1/2 Prozent, Ungarische Goldrente bis 136, um 1/2 Prozent.